

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG • D-78266 BÜSINGEN • TELEFON (0 77 34) 60 61 • TELEFAX (0 77 34) 71 12
BUCHVERSAND • D-27315 HOYA / POSTFACH 1251 • TELEFON (0 42 51) 5 61 • TELEFAX (0 42 51) 30 70

gegründet am 1. Januar 1951 von Artur Missbach

1 *Sehr geehrte Damen und Herren,*

nach der heutigen Geschichtsschreibung zeichnete sich 1979 – sehr stark verkürzt dargestellt – das Ende des ersten „roten Jahrzehnts“ der westlichen Welt ab. Es nahm seinen Anfang in den Studentenprotesten der späten 1960er Jahre und spätestens Anfang der 1980er Jahre mußten sich die letzten realistisch denkenden Vertreter der linken Studentenbewegung ihr politisches und moralisches Scheitern eingestehen. Die einst mit dem Aufstand gespielt hatten, fanden sich nun vereinsamt und deprimiert auf den Trümmern ihrer einstigen Utopie wieder. Man mag ihnen durchaus glauben, daß sie – im Rahmen ihrer Wertvorstellungen – das Paradies auf Erden angestrebt hatten. Doch es war zur Hölle verkommen: Die politische Revolution war im Privatkrieg krimineller Banden nach Art der RAF oder der Roten Brigaden verblutet und die sexuelle Revolution endete u.a. im Schatten des Aids-Virus'. Es kam durchaus zu Selbstmorden, die ganz eindeutig mit dem zwangsweisen Abschied von den seit 1968 gepflegten Illusionen zusammenhingen.

Allmählich kehrte die Vernunft zurück. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund einiger außereuropäischer Staaten, in denen die an die Macht gekommenen „Befreiungsbewegungen“ Diktaturen errichteten, die die Brutalität ihrer Vorgängerregime oft noch übertrafen. Es kam dann in den meisten westlichen Staaten zu einer raschen ökonomischen, politischen und – wenn man so will – auch spirituellen Regenerierung, durch den Zusammenbruch der Sowjetunion (ein mehrjähriger Prozess ab etwa 1989) noch zusätzlich unterstützt. Immer mehr Menschen fragten sich nun, was noch geblieben, was noch „links“ war – und rasch wurde das Ende dieser Ideologie verkündet.

Doch die Verfechter der gesellschaftlichen und ökonomischen Vernunft freuten sich zu früh. Zwar hatte der Marxismus an sich erst einmal abgedankt. Doch die ihm eigene Anmaßung des „Allwissens“ ging schnell in den bunten linken „Mainstream“ ein, der in Deutschland u.a. frühere Straßenkämpfer oder Kommunisten wie Joschka Fischer oder Jürgen Trittin nach oben spülte. Neben nicht wenigen Sozialdemokraten bestimmen nun eben die Grünen und Teile der SED-Folgeorganisation Linkspartei, was man in unserem Land tunlichst noch tun, sagen oder denken darf. Wer es wagt, davon auch nur ein wenig abzuweichen, läuft in Deutschland permanent Gefahr, mit der allgegenwärtigen Nazikeule geschlagen zu werden. Zu ihrer eigenen „Rechtfertigung“ fabulieren dazu die eher links angesiedelten Gutmenschen über einen angeblichen Faschismus, den es zu bekämpfen gelte. Wir schreiben jetzt das Jahr 2019 und es wäre deshalb nach 1979 und 1989 wieder einmal an der Zeit für eine „Wende“! (tb)

2 *„Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“*

Bald vier Jahre nach dem Startschuß für das bisher weltweit größte Sozialexperiment (die von der Bundesregierung unter Angela Merkel zeitweise zugelassene massenhafte „Migration“ nach Deutschland) hat man in der CDU im Rahmen der sogenannten „Werkstattgespräche“ nunmehr erstmals über dieses nach verbreiteter Kritikerfassung „intelligent eingefädelte“ Unheil debattiert. Die Kanzlerin und frühere CDU-Vorsitzende Merkel nahm daran (nicht mehr) teil, so daß es den anwesenden Diskussionsteilnehmern regelmäßig ein Leichtes war, sich – möglicherweise auch auf Merkels Kosten – hier von praktisch jeder Mitschuld freizusprechen. Man vergaß dabei wohl, daß die von internationalen Akteuren zumindest wohlmeinend begleitete Tat von der gesamten damaligen Berliner „Führungselite“ mitzuverantworten ist!

Werfen wir zunächst einen Blick auf die bisher aufgelaufenen Kosten, die die Steuerzahler zu tragen haben. Nach den bisher verfügbaren, offiziellen Daten wurden für dieses Sozialexperiment im Jahr 2017 rund 20,8 Mrd. € aufgewendet, worin die zusätzlich entstandenen indirekten Kosten (etwa für zusätzliche Polizeieinsätze oder Kindertagesplätze für rund 180 000 Migrantenkinder) noch nicht einmal enthalten sind. Und für 2018, wo noch keine offiziellen Zahlen verfügbar sind, dürften alleine die direkten Kosten auf annähernd 21,5 Mrd. € steigen.

Während man über Geld durchaus noch debattieren kann, verbietet sich dies bei Fragen der körperlichen und seelischen Unversehrtheit von Menschen, was einen Blick auf das frei verfügbare „Lagebild 2017“ des deutschen Bundeskriminalamtes mit dem Titel „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“ nahelegt. Danach waren im Jahr 2017 knapp 39 000 deutsche Opfer von Straftaten durch vermeintlich „Schutzsuchende“ zu beklagen – das waren mehr als 100 deutsche Opfer täglich und beinahe sechsmal mehr als in umgekehrter Konstellation. Es sind die Zahlen eines offiziellen Berichtes, der von den Jedermann-Medien beim Frohlocken über das neue, „bunte“ Deutschland geflissentlich übersehen wurde.

Darin heißt es z.B. auf Seite 54 wörtlich: „Unter den insgesamt 95 148 Opfern von Straftaten mit tatverdächtigen Zuwanderern befanden sich 39 096 Deutsche und damit deutlich mehr als noch im Vorjahr (2016: 31 597). Im Bereich Mord, Totschlag, Tötung auf Verlangen fielen 112 Deutsche einer Straftat zum Opfer, an der mindestens ein tatverdächtiger Zuwanderer beteiligt war (2016: 86). Im Bereich von Vergewaltigung und sexueller Nötigung wurden laut dieser Statistik im Jahr 2017 rund 11 200 Fälle angezeigt, wobei auch schon der Vorjahreswert mit etwa 7900 Fällen recht hoch war. (tb)

3 Frankreich stellt sich trotz des Vertrages zu Aachen gegen Deutschland

In buchstäblich letzter Minute gelang es der Bundesregierung, Frankreich davon abzubringen, sich gegen Deutschland zu stellen und das North Stream 2-Projekt über eine Art EU-Veto zu verhindern. Zuvor gab es ernstzunehmende Gerüchte, daß Frankreich eine „EU-Gasnovelle“ neu fassen lassen wollte, wonach nicht mehr die Länder selbst, sondern die EU über die Zulassung und die Art und Weise des Betriebes der Energieinfrastruktur wie z.B. der neuen Gaspipeline bestimmen soll. Zahlreiche EU-Staaten hätten dann – in großer Übereinstimmung mit den USA – das deutsch-russische Gaspipelineprojekt North Stream 2 zu verhindern getrachtet.

Insbesondere Länder wie Polen und die Ukraine wollten nicht zulassen, daß russisches Gas auf einem von ihnen nicht kontrollierbaren Weg europäischen Boden erreichen kann. Deutschlands Gasversorgung sollte gewissermaßen von ihnen abhängig bleiben, damit deren Politiker stets ausreichende Erpressungspotentiale gegenüber der Bundesregierung haben. Mit der Gaspipeline North Stream 2 ist dies nun verhindert. Die herkömmlichen Gasversorgungswege Europas über die Ukraine und Polen werden nun Wettbewerber bekommen, was deren bisherige „Erpressungsmacht“ mindert und darüber hinaus auch noch zu verringerten Transportkosten führen wird.

An letzterem stören sich offenbar die USA, welche ihr kostspielig gefördertes und verflüssigtes Gas in Europa zu gemessen am aktuellen Preisniveau eher überhöhten Preisen verkaufen wollen. Doch weil auf absehbare Zeit dieses Flüssiggas in Deutschland wohl niemand aus freien Stücken kaufen würde, sollte dies nun im Rahmen einer geostrategischen Maßnahme gewissermaßen erzwungen werden. Deutschland sollte dazu keine weitere Möglichkeit zum Gasbezug aus Russland erhalten, sondern stattdessen eine neue und teure Infrastruktur in Form großer Flüssiggasterminals errichten. Erst mit dem in letzter Minute gefundenen „Friedenskompromiss“ der Bundesregierung, bei dem eigentlich zu teures Flüssiggas aus USA – als Quasi-Tribut – in gewissem Umfang importiert und bezahlt werden soll, nahm man den USA den Wind aus den Segeln. Zumindest derzeit steht dem weiteren Bau der Pipeline nichts mehr im Wege. (eh)

4 Mord in Dornbirn führte zu neuer Diskussion über Asylmißbrauch

Im österreichischen Dornbirn tötete vor wenigen Wochen ein Asylbewerber aus der Türkei den Leiter des Sozialamtes mit einem Messerstich in den Hals. Dabei hätte sich der Täter eigentlich gar nicht in Österreich aufhalten dürfen, denn nach Einbrüchen, Drogenmißbrauch und Körperverletzung wurde der Mann schon 2009 mit einem Aufenthaltsverbot belegt und er verließ Österreich im Folgejahr. Später gelangen ihm jedoch die illegale Wiedereinreise und das Stellen eines neuen Asylantrags.

Im Gegensatz zu Deutschland, wo sich bereits ein vergleichbarer Fall ereignete, blieben die verantwortlichen österreichischen Politiker nicht stumm. Dazu Innenminister Herbert Kickl (FPÖ): „Die Toten haben leider keine Stimme mehr – in ihrem Sinne müssen wir die Unverhältnismäßigkeit, die wir jetzt wieder in Dornbirn erlebt haben, korrigieren.“ Ginge es nach Kickl, wäre nunmehr eine intensive Debatte nicht nur über das nationale Asylrecht, sondern auch die entsprechenden EU-Regelungen gefordert. Man müsste dabei auch dazu bereit sein, so Kickl sinngemäß, große Teile der gegenwärtigen Regelungen, bei denen das Wort „Asyl“ praktisch alle Türen öffnet, im Sinne einer „Änderung zum Guten“ infrage zu stellen. (tb)

5 Energiereiches Südafrika

Der französische Energiekonzern Total entdeckte 175 Kilometer vor der südafrikanischen Küste förderbare Gaskondensate mit einem vermuteten Umfang von einer Milliarde Barrel, aus denen wie aus Erdöl sowohl Brennstoffe als auch Kunststoffe hergestellt werden können. Manche südafrikanische Politiker hoffen nun auf ein „förderliches Umfeld für (weitere) Explorations- und Bohraktivitäten“ in ganz Südafrika. Davon geht Andrew Latham von der Explorations-Beratungsgesellschaft „Wood Mackenzie“ längst aus: „Auch wenn es sich nicht um eine Ölentdeckung von bis zu einer Milliarde Barrel handelt, wird . . . es für Südafrika immer noch eine Wende sein.“ (tb)

6 Der „Flüchtlingsstrom“ über die Türkei schwillt wieder an

Im vergangenen Jahr gelangten wieder deutlich mehr Migranten über die Türkei in die Europäische Union als noch im Jahr davor. Dies ergibt sich aus einem als „vertraulich“ eingestuften Bericht der EU-Kommission. Danach kamen im Jahr 2018 annähernd 51 000 Menschen über die Türkei in die EU, was gegenüber dem Vorjahreswert (ca. 42 000 Personen) einem Anstieg von mehr als 20 % entspricht.

In einem – damals gefeierten – Abkommen mit der Europäischen Union hatte sich Ankara verpflichtet, die Grenzen der Türkei ab dem 18.3.2016 so zu sichern, daß hierüber möglichst keine Migranten mehr illegal in das Gebiet der Europäischen Union reisen können. In Punkt 3 des Abkommens heißt es dazu wörtlich: „Die Türkei wird alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um neue See- oder Landwege für die illegale Migration aus der Türkei in die EU zu verhindern.“ Im Gegenzug wurden der Türkei EU-Zahlungen von bis zu sechs Milliarden Euro zugesagt, die vor allem für die Versorgung der nach türkischen Angaben bis zu 3,6 Millionen Asyl-Migranten in der Türkei verwendet werden sollen. Bisher flossen etwa 3 Mrd. Euro – und der „Flüchtlingsstrom“ schwillt wieder an . . . (tb)

7 Die letzten Telefonzellen . . .

Sie sind aus unserem Straßenbild bereits so gut wie verschwunden. Die früher zahlreich aufgestellten Telefonzellen, zunächst in Postgelb und dann später noch in Magentarot. Aus einem Zentrallager im bei Berlin gelegenen Michendorf heraus verkauft die Deutsche Telekom noch ihre letzten Exemplare in Magentarot (die gelben Telefonzellen sind angeblich bereits verkauft bzw. verschrottet). Wer sich, z.B. als Dekorationsstück für Garten oder Geschäft, noch solch ein Häuschen sichern möchte, sollte mit der Telekom Kontakt aufnehmen. Eine Telefonzelle soll um die 400 € kosten bei Selbstabholung in 14 552 Michendorf. (tb)

8 Gefahr Tempolimit

Die Frage eines generellen Tempolimits auf deutschen Straßen hat wieder einmal die politischen Diskussionsrunden erreicht. Schon häufiger versuchten u.a. französische Kräfte mit Unterstützung linker, das Automobil hassender Kreise in Deutschland, ein einheitliches Tempolimit in ganz Europa und damit auch auf deutschen Autobahnen durchzusetzen. Hintergrund ist, daß vor allem die französische und amerikanische Automobilwirtschaft den technologischen Anschluss – besonders im Hinblick auf Brems- und Fahrwerkstechnologie – an die Technik deutscher Automobilhersteller verloren haben. Diese waren nämlich wegen der theoretisch unbegrenzten Geschwindigkeit auf deutschen Straßen dazu gezwungen, die Sicherheit der Fahrzeuge permanent zu erhöhen. Franzosen und Amerikaner brauchten dies wegen ihres generellen Tempolimits nicht. Entsprechend qualitativ minderwertig sind heute deren Automobile. Diese lassen sich deshalb immer weniger – nicht nur in Deutschland – verkaufen. Entsprechend soll nun mit Hilfe zerstörungswütiger linksorientierter Politiker sowie europäischer Institutionen auch Deutschland ein generelles Tempolimit aufgezwungen bekommen, um den technologischen Vorsprung der deutschen Automobilhersteller schmelzen und nicht mehr als Verkaufsargument wirken zu lassen.

Fadenscheinig wird in der Diskussion um eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung die Umweltfrage herangezogen. Wie unsinnig dies ist, zeigt schon einerseits, daß ohnehin nur auf ca. 20 % der Autobahnen in Deutschland unbegrenzt schnell gefahren werden darf – und meist gar nicht wird – und andererseits der Umstand, daß dieses wieder angestrebte Tempolimit ja auch für Elektroautos gelten soll. Wenn angeblich der höhere Kraftstoffverbrauch Grund für die Begrenzung sein soll, wieso dann auch für Elektrofahrzeuge?

Im Hinblick auf die Unfallzahlen, die auch gerne als (völlig widersinniges) Argument für ein Tempolimit herangezogen werden, zeigt sich ebenfalls die Unschlüssigkeit dieser Argumentation. Die meisten Unfälle, gerade auch solche mit tödlichem Ausgang, ereignen sich überwiegend auf Straßen bzw. Straßenabschnitten mit Tempolimit. Dagegen geht eine viel größere Gefahr von Fahrern ohne ausreichende Fahrkenntnis, Fahrpraxis oder Kenntnis deutscher Verkehrsregeln aus. Wenn also praktisch jeder Neankömmling im Schnellverfahren (oder sogar auf eher illegalem Weg) und oft ohne hinreichende Theoriekenntnisse die deutsche Fahrerlaubnis erhält, dann mit zuweilen kaum noch verkehrstüchtigen Fahrzeugen den Straßenverkehr bevölkert und/oder infolge einer Ego-getriebenen Rivalitätseinstellung die Straßen als Rennstrecke betrachtet und dafür von der tendenziell migrationsfreundlichen Justiz kaum zur Rechenschaft gezogen wird, ist es geradezu logisch und zwangsläufig, daß die Unfallzahlen auch mit Todesfolge nicht mehr weiter zurückgehen.

Ein generelles Tempolimit wird in dieser Hinsicht nicht nur unwirksam sein, sondern es dürfte sich als eher schädlich erweisen. Zu manchmal auch schweren Unfällen kommt es nämlich auch, wenn bei einem generellem Tempolimit die Aufmerksamkeit der Fahrer im Verlauf längerer Fahrten oft rapide nachläßt. Betrachtet man nämlich alle diejenigen Länder, in denen ein Tempolimit existiert, stellt man fest, daß die Zahl der schweren Verkehrsunfälle und auch Todesfälle im Verhältnis zu Deutschland mit seiner meistens deutlich größeren jährlichen Fahrleistung eher höher ist als hierzulande, wo auf manchen Teilen der Autobahnen kein Tempolimit herrscht.

Es geht in der Diskussion also tatsächlich nicht um die Verkehrssicherheit und auch nicht um irgendwelche Umweltgründe. Vielmehr geht es darum, daß US- und französische Automobilhersteller immer weniger Chancen auf dem deutschen Automobilmarkt haben, weil sie gerade aus Sicherheitsqualitätsgedanken heraus gegenüber den deutschen Automobilherstellern immer weiter abfallen. Und darüber hinaus lockt natürlich die Möglichkeit, die Bürger noch mehr als bisher wegen geringfügiger Tempoüberschreitungen (was nichts mit „Raserei“ zu tun hat) abkassieren zu können. Es wäre somit lediglich ein weiterer Schritt zur Demontage der deutschen Wirtschaft sowie der Freiheiten der Bürger. (eh)

9 „Der Großteil der Zugewanderten hat an unseren Angeboten kein Interesse“

Der gegenwärtige Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Bürgermeister der bayerischen Kleinstadt Abensberg, Uwe Brandl, wagte es kürzlich, den oft fehlenden Integrationswillen mancher Asylanten und Immigranten deutlich und öffentlich anzusprechen: „Der Großteil der Zugewanderten hat an unseren Angeboten kein Interesse!“ Es gebe stattdessen nur einen „verschwindend geringen Prozentsatz echter Integrationswilliger“. Der Rest drohe vielmehr „auf Dauer in den sozialen Netzen“ zu verbleiben. Um dem gegenzusteuern, fordert Brandl „eine sofortige Spracheroziehung vom ersten Tag des Hierseins“ an, vollkommen unabhängig von der absehbaren Bleibeperspektive. Die Wirtschaft fordert Brandl im Gegenzug auf, „sich viel stärker einzubringen, wenn es um die Vermittlung von Fähigkeiten und die Integration in unsere Arbeitswelt geht“. (tb)

10 Abschiebehaft in „rechtlichen Grauzonen“

Im Bundesinnenministerium tätige Juristen bewerten die Pläne von Innenminister Horst Seehofer (CSU) für Abschiebungserleichterungen als „rechtlich bedenkenswert“. Den Verzicht auf die bisher noch erforderliche richterliche Genehmigung eines bis zu zehntägigen Gewahrsams am Flughafen halten die Juristen für eine „denkbare Variante“, die aber „nicht ohne verfassungsrechtliches Risiko“ sei.

Für leichter durchsetzbar halten sie dagegen das Vorhaben, ausreisepflichtige Ausländer, bei denen die Voraussetzungen für eine Abschiebung vorliegen, vorübergehend auch in normalen Strafanstalten unterzubringen. Bisher ist dies – in Übereinstimmung mit dem geltenden EU-Recht – nur in speziellen Anstalten, strikt getrennt von Strafgefangenen, statthaft. In „außergewöhnlichen Situationen“, so die Argumentation der Ministeriums-Juristen, seien aber durchaus Ausnahmen vorstellbar. In Deutschland sei dies gegenwärtig längst der Fall, weil aktuell rund 235 000 Ausreisepflichtigen in ganz Deutschland nur 420 Abschiebungshaftplätze gegenüberstehen. Und weil derzeit noch 280 000 Klagen gegen abgelehnte Asylanträge anhängig sind, könnte dieses Mißverhältnis noch deutlich zunehmen. Das Gebot, abzuschiebbende Personen strikt getrennt von Strafgefangenen unterzubringen, könnte vor diesem Hintergrund, so die Fachleute des Innenministeriums, durchaus für drei Jahre ausgesetzt werden. (tb)

11 Wohnungskündigung wegen Kinderlärms

Unter bestimmten Voraussetzungen kann ein Vermieter auch bei fortgesetztem und rücksichtslosem Kinderlärm mit einer ordentlichen Wohnungskündigung reagieren. Dies entschied das Landgericht Frankfurt am Main mit Beschluß vom 22.8.2018 (Az. 2-11 S 155/18). Im Streitfall hatten die Kinder der Mieter über einen langen Zeitraum hinweg (und dies insbesondere an den Wochenenden und nachts) einen so großen Lärm veranstaltet, daß sich praktisch alle Nachbarn massiv in den ihnen zustehenden Ruhezeiten gestört fühlten. Bei derartigen Störungen, so das Gericht, könne man nicht mehr von einer vertragsgemäßen Nutzung der Wohnung ausgehen, die von den Nachbarn hinzunehmen wäre. Der Vermieter war deshalb berechtigt, das Mietverhältnis fristgemäß zu beenden. (tb)

12 Bezahlbarer Wohnraum wird immer nachgefragt

Die Aktienmärkte waren in letzter Zeit von einer hohen Volatilität (also großen Schwankungen) gepaart mit einer eher abwärts zeigenden Tendenz gekennzeichnet. Unter den Großinvestoren nimmt deshalb die Unsicherheit zu und man sucht nach Anlagealternativen, die in der anhaltenden „Nullzins-Zeit“ nicht gerade reichlich gesät sind. Natürlich kann kein seriöser Beobachter die weitere Entwicklung mit hinreichender Sicherheit vorher-sagen. Und aus genau diesem Grund kann jeder Privatanleger vor hektischen Reaktionen (z.B. in Form massenhaften Aktienverkaufs) nur gewarnt werden. Denn unter Berücksichtigung der von uns stets empfohlenen Diversifizierung des angelegten Vermögens bleibt es allein schon aus Sicherheitsgründen klug, in verschiedenen Anlageklassen (z.B. Gold, Aktien, Immobilien, Geldanlagen in verschiedenen Währungen und möglichst zusätzlich außerhalb des Euroraums) investiert zu bleiben.

Geht es um Wohnimmobilien, lohnt sich auch in Zeiten teilweise stark steigender Immobilienpreise ein Blick auf den Markt. In Deutschland fehlen mehr als eine Million Wohnungen und die Baubranche arbeitet längst an ihrer äußersten Kapazitätsgrenze und ist nicht einmal in der Lage, die aktuelle Nachfrage zu decken. In der Folge dieser Entwicklung (und nicht zuletzt auch wegen der immer strengeren Energieeinsparvorschriften) haben sich die Gestehungskosten stark erhöht. Unter 4000 € pro Quadratmeter Wohnfläche, so die meisten Experten, sind Geschoß-Neubauwohnungen in den meisten Regionen kaum mehr zu errichten. Eine zugleich wertbeständige und ertragreiche Immobilieninvestition erfolgt vor diesem Hintergrund am besten in gepflegte Bestandsimmobilien zu für die Käufer attraktiven Preisen.

Vor diesem Hintergrund lohnt ein erneuter Hinweis auf den nunmehr elften Fonds einer für die Anleger bisher überaus erfolgreichen Fondsreihe eines mittelständisch geprägten Anbieters. Für diesen jetzt im Aufbau befindlichen Fonds wurden bisher annähernd 800 vermietete Wohnungen in guten, aber noch nicht über-tauerten Lagen von z.B. Leipzig, Köln, Berlin und anderen Städten zu einem durchschnittlichen Quadratmeterpreis (einschließlich anstehender Renovierungskosten!) von weniger als 2000 € erworben. Es handelt sich damit um bezahlbaren Wohnraum, dessen Vermietbarkeit auch von eventuell negativen Konjunktureinflüssen kaum bis gar nicht beeinträchtigt sein dürfte.

Ein uns seit Jahrzehnten gut bekannter Anlageberater informiert Sie auf Wunsch gerne völlig unverbindlich über die Rahmendaten dieses Angebots. Die Planlaufzeit des Fonds ist mit ca. 6 Jahren überschaubar und die Renditeprognose ist mit über 5 % p.a. interessant. Ungewöhnlich ist auch, daß das Disagio (5 %) bei plan-mäßiger Abwicklung des Fonds am Ende der Fondslaufzeit verzinst erstattet werden soll. Vor Ende der Zeichnungsfrist (Mindestbeteiligungssumme 25 000 €, im Ausnahmefall auch ab 10 000 € zzgl. Agio) am 31.3.2019 bietet der Anlageberater ab Mitte März noch in mehreren deutschen Großstädten Informations-veranstaltungen an, auf denen bis dahin unentschlossene Anleger ihre vielleicht noch offenen Fragen auch im persönlichen Gespräch klären können.

Auf Wunsch stellen wir gerne einen unverbindlichen Kontakt zu diesem Anlageberater her. Bitte, gestatten Sie uns dazu formlos und schriftlich (Verlag Arbeit und Wirtschaft, 78266 Büsingen), per Fax (0 77 34/71 12), Telefon (0 77 34/60 61) oder Mail (verwaltung@vertrauliche-mitteilungen.de) die Weitergabe Ihrer Kontaktdaten. Wenn Sie an einer der für die Teilnehmer kostenlosen Informationsveranstaltungen teilnehmen möchten, informieren Sie uns bitte darüber in der gleichen Art und Weise. (tb)

13 Bitte, verschenken Sie „Schnupper-Abos“

Seit beinahe 70 (!) Jahren erscheinen nunmehr die „Vertraulichen Mitteilungen“ und wir haben jede Woche neu die große Freude, Sie, sehr geehrte Damen und Herren, mit unseren kurzen und prägnanten Informationen beliefern zu dürfen. Wir tun dies frei von falscher Rücksichtnahme (gerade im Hinblick auf die heute fast alles bestimmende „politische Korrektheit“) und schrecken dabei auch nicht vor eventuell polarisierenden Äußerungen zurück. Es gilt schließlich, die Dinge beim Namen anzusprechen und dabei ein Gegengewicht zu den oft wie gleichgeschaltet wirkenden Massenmedien zu schaffen. Denn diese sind in vielen Fällen nicht mehr Teil der politischen Willensbildung (weil sie ihrem Informationsauftrag oft nicht mehr ausreichend nachkommen), sondern sie haben nur noch die Aufgabe, weitgehend vorbestimmte Meinungs- und Weltbilder (meistens aus dem rot-grünen politischen Spektrum stammend) zu verbreiten.

Bitte, helfen Sie gerade angesichts der bevorstehenden Europawahl mit, unserer Stimme der politischen und wirtschaftlichen Vernunft ein immer höheres Gewicht zu verleihen. Schenken Sie dazu Ihren Freunden, Verwandten oder Geschäftspartnern ein dreimonatiges „Schnupperabonnement“ der „Vertraulichen Mitteilungen“. Und zum Dank für Ihr Engagement können wir Ihnen für diese zusätzlich zu Ihrem weiterhin bestehenden Abonnement beauftragten „Schnupper-Abonnements“ einen Sonderpreis von lediglich 33,- € einräumen. Näheres können Sie problemlos der diesen „Vertraulichen“ beigefügten Anlage entnehmen. Wir danken schon jetzt für Ihr freundliches Interesse und Ihre tatkräftige Mithilfe beim Erreichen unserer gemeinsamen Ziele! (tb)

14 Für Sie aufgelesen (beim kürzlich verstorbenen Karl Lagerfeld):

„Eine Schlankheitskur ist das einzige Spiel, bei dem Sie gewinnen, wenn Sie verlieren.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eyrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.